

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/124

Bonn, den 5. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>In München so - in Bonn anders</u> BAYERN-KURIER und Atomsperrevertrag Jetzt wird sogar der Vatikan gerüffelt	72
3 - 4	<u>Plädoyer für die Gemeinschaftsschule</u> Von unserem KP-Mitarbeiter	73
5	<u>"Entwicklungshilfe" im Stillen</u> Deutscher Beitrag zur Erhaltung einer Druckerei in Spanien Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	30
6	<u>Vor 100 Jahren...</u> Auszug aus einer Arbeitsordnung für Londoner Angestellte, 1870	31

* * *

In München so - in Bonn anders

BAYERN-KURIER und Atomsperrvertrag

Jetzt wird sogar der Vatikan gerüffelt

G.T. - Im Bereich sowohl der katholischen als auch der protestantischen Kirche gilt es heute als Selbstverständlichkeit, jene Zeit zur Vergangenheit zu zählen, in der die Kirchen und ihre Würdenträger unbesehen entweder die Politik der jeweiligen Staatshäupter billigten oder ihren Gläubigen empfahlen, jeglichem politischen Denken abzuschwören. Die Kirchen denken heute im sozialen, wirtschaftlichen und sogar im weltpolitischen Bereich anders. Sie engagieren sich im Kampf gegen den Hunger in der Welt, sie verurteilen unwürdige soziale Verhältnisse und sie mahnen die Gläubigen, Bemühungen um die Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Oft geraten die Kirchen deswegen mit den jeweils herrschenden Mächten in Konflikt. Ihre Verantwortung für das Wohl der Menschheit lassen sich die Kirchen heute jedoch nicht mehr streitig machen.

Deshalb hat der OSSERVATORE ROMANO, die offizielle Stimme des Vatikans, kürzlich den Atomsperrvertrag als "einen Schritt zum Frieden" bezeichnet, der es verdient, "die Zustimmung und Unterstützung aller Menschen, die guten Willens sind und aller Staaten zu erhalten".

Für diese Aufforderung wird der Vatikan nunmehr vom BAYERN-KURIER gerüffelt. Man stellt den Atomsperrvertrag als ein übles Komplott Moskaus und Washingtons dar, nennt diejenigen, die einen bescheidenen Schritt in Richtung auf die Abrüstung befürworten, "Genfer Komplizen" und ruft den Theologen zu, sie sollten darauf achten, daß sich in Deutschland nicht das Wort aus dem 16. Jahrhundert wiederholen möge: "Theologen, seid still, wenn es um politische Dinge geht!"

Vergegenwärtigt man sich, daß die politischen Väter des BAYERN-KURIER wohl doch in erster Linie Katholiken sein dürften, dann kommt diesen auf der ersten Seite der CSU-Wochenzeitschrift gestarteten Angriff die Bedeutung eines katholischen Rüffels gegenüber dem Vatikan zu. Bemerkenswert bei diesem Vorgang ist aber auch, daß sich bei der NPD-Spitze ungefähr die gleichen Redensarten gegen den Atomsperrvertrag finden lassen wie im BAYERN-KURIER. Eigentlich fehlt nur noch die inzwischen unmodern gewordene Formulierung vom "jüdisch-marxistischen Komplott", das

seine Netze über die ganze Welt zieht und die armen Nichtjuden und Nichtmarxisten in ein schreckliches Verderben zu stürzen gedenkt.

Wann werden wir in Deutschland endlich lernen, Politik ohne Emotionen zu machen?

- * Die Bundesregierung, der bekanntlich auch einige
- * CSU-Minister angehören, hat vom ersten Tage des
- * Bekanntwerdens von UNO-Verhandlungen über einen
- * Atomsperrvertrag erklärt, sie begrüße jeden
- * vernünftigen Schritt in Richtung auf Abrüstungs-
- * bzw. Rüstungsstoppmaßnahmen, werde jedoch ihre
- * Zustimmung zu einem solchen Vertrag von der
- * Prüfung der Frage abhängig machen, ob die technologische
- * und industrielle Entwicklung der Bundesrepublik
- * auch auf dem Gebiet der Atomenergie nicht beeinträchtigt
- * werde. An dieser Haltung der Bundesregierung hat
- * sich bis zum heutigen Tag nichts geändert, und
- * trotzdem die Bundesrepublik nicht Mitglied der
- * UNO ist, hat sie ebenso wie andere nichtnukleare
- * Staaten zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der
- * ursprünglichen Vertragstexte gemacht.

Die Bundesregierung befand sich damit in völliger Übereinstimmung mit zahlreichen Staaten, die in einer ähnlichen Situation wie wir sind.

Wenn wir uns nicht irren, haben die der CSU angehörenden Kabinettsmitglieder diese Haltung der Bundesregierung gebilligt. Sie billigten auch die Feststellung der Bundesregierung, daß die Unterzeichnung des Vertrages erst dann erfolgen könne, wenn die bekannten technischen und politischen Vorbehalte ausgeräumt sein werden.

Was soll also das Gesetzer im BAYERISCH-KURIER? Will man in München die "Eigenständigkeit" der CSU gegenüber der Bundesregierung demonstrieren oder gedenkt man mit gezinkten Karten zu spielen - in München so, in Bonn anders?

Der ganze Vorgang ist symptomatisch für gewisse Frontenbildungen, die sich in der CSU/CDU abzeichnen. Da man aber nicht direkt die ganze Bundesregierung angreifen will, wird aus der Hüfte um die Ecke geschossen. Auch andere Artikel im BAYERISCH-KURIER, die sich mit der Außenpolitik der Bundesregierung befassen, lassen dies vermuten. Wir meinen, daß Kritik nicht schaden kann, daß es aber nicht gut ist, versteckte Angriffe zu lancieren, ohne den wirklich gemeinten Adressaten zu nennen. Wenn man schon an der Politik der Bundesregierung etwas auszusetzen hat, dann soll man sagen: "Die ganze Richtung paßt uns nicht."

Plädoyer für die Gemeinschaftsschule

Von unserem KR-Mitarbeiter

Dem "Sieg der Toleranz", wie in diesem Pressedienst (P/XXIII/44 vom 4.3.1968) die von der Düsseldorfer Regierungskoalition SPD/FDP vorangetriebene und gemeinsam mit der CDU-Opposition sanktionierte Volksschulreform in Nordrhein-Westfalen interpretiert wurde, folgte ein kulturpolitisch beispielhaftes Plädoyer für die Gemeinschaftsschule: Nach dem bis Ende Juni vorliegenden Ergebnis entschieden sich die Erziehungsberechtigten für 1239 Hauptschulen als Gemeinschaftsschulen und 68 als katholische Konfessionsschulen. Insgesamt wurden bisher über 1300 Hauptschulen genehmigt, 200 weitere sind noch geplant. Aus organisatorischen Gründen können bis zum 1.8.1968 - dem nächstliegenden Stichtag für die Zusammenfassung der bisherigen Grundschulklassen 5 - 9 in "Hauptschulen der weiterführenden Bildung" - 98 vorgesehene Hauptschulen noch nicht eröffnet werden.

Der eindeutige Wille der Elternschaft

...ihre Kinder in die simultane Hauptschule zu schicken, spiegelt sich in zahlreichen Abstimmungsergebnissen wider. Die Tatsache, daß keine einzige evangelische Konfessionsschule eingerichtet werden muß, zwingt zu einem Vergleich mit den bisher lt. Gesetz etablierten 68 katholischen Konfessionsschulen. Aber auch diese verschwindend geringe Zahl kann das Plädoyer der Elternmehrheit in NRW für die Gemeinschaftsschule nicht mindern. Interessant ist, daß nach der vom Landtag in Düsseldorf verabschiedeten Reform auch aus der katholischen Kirche Stimmen zu vernehmen waren, die nicht mehr gegen die simultane Hauptschule zu Felde ziehen wollten. Demgegenüber verstummten aber auch nicht die notorischen Gegner der Gemeinschaftsschule. Vielleicht sind sie jetzt endlich bereit, aus dem vorliegenden Ergebnis Lehren zu ziehen. Dann würde die Reform von Nordrhein-Westfalen noch stärker ausstrahlen und überfällige konfessionelle Ressentiments in der ganzen Bundesrepublik beseitigen helfen.

Wer etwas lernen will...

...der kann in Nordrhein-Westfalen jetzt auch seinen Weg über die Hauptschule machen. Sie erhält neue Bildungspläne, die sich grundlegend von denen für die Mittel- und Oberstufe der

bisherigen Grundschulen unterscheiden. Eine wesentliche Folge des Reformwerks ist z.B. die Bildung von Neigungsgruppen in den Hauptschulen gegenüber den früher starren Klassengemeinschaften. Dem begabten und lernwilligen Schüler eröffnet sich in Zukunft die elementar zu wertende Möglichkeit, schneller zu lernen und seine besonderen Gaben auszuprägen. Zeitgerecht ist auch das Bestreben der Gesetzgeber, sich didaktisch und methodisch moderner auf den Schüler einzustellen. Kultusminister Fritz K o l t h o f f (SPD) will das innere Gefüge der Hauptschule ausbauen. Das geschieht u.a. durch spezielle Lehrerfortbildung. Sie wird ab Herbst 1968 besonders in den Fächern Arbeitslehre, Englisch und Physik-Chemie intensiviert.

Die Eltern dürften zu der Erkenntnis gelangen...

...daß durch die Hauptschule nicht nur das Bildungsniveau grundlegend gehoben werden soll. Vielmehr sollte es bei der Elternschaft des Landes zukünftig nicht an der Einsicht mangeln, daß auch den Hauptschüler alle Wege der späteren Weiterbildung geebnet worden sind.

In diesem Zusammenhang gewinnt der jüngst von Kultusminister K o l t h o f f an die Eltern gerichtete Appell aktuelle Bedeutung, daß sie ihre Kinder erst nach sorgfältiger Prüfung in die Sexta eines Gymnasiums schicken sollten. K o l t h o f f will keinesfalls "Bildungsgrenzen" setzen, wie es bereits von der CDU-Opposition kommentiert worden ist. Wer so denkt, hat alte bildungspolitische "Zöpfe" noch nicht abgelegt.

Aufklärung über die neuen Möglichkeiten...

...sollte die NRW-Regierung nunmehr verfolgen. Sie hat sich bei den gesetzlich verbrieften Abstimmungsverfahren über simultane oder konfessionelle Hauptschulen jeder beeinflussenden Publizistik enthalten. Das unterstreicht ihre - durch die Reform übernommene - Verantwortung. Jetzt aber kommt es darauf an, die Eltern über die bildungspolitischen Werte der neuen Hauptschule zu informieren, damit sie zu erkennen wissen, daß die Absolvierung einer Realschule oder eines Gymnasiums keine unabdingbare Voraussetzung mehr ist, später einen gehobenen Beruf zu ergreifen.

Die Regierung in Nordrhein-Westfalen verfolgt ein gutes, aber auch nur durch Zusammenarbeit aller zu realisierendes Ziel: Gleiche Bildungschancen für alle!

"Entwicklungshilfe" im Stillen

Deutscher Beitrag zur Erhaltung einer Druckerei in Spanien

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Dank der "Entwicklungshilfe" eines deutschen Unternehmens fanden 20 ältere spanische Arbeiter einen Weg aus der Arbeitslosigkeit in eine krisenfesteste Zukunft.

Als vor über einem Jahr der vernachlässigte und unrentabel gewordene Madrider Druckereibetrieb "Frensa Gráfica" auf behördliche Anordnung geschlossen wurde, fanden sich 81 Drucker und Schriftsetzer auf der Straße. Die jüngeren von ihnen fanden nach einigen Monaten wieder Beschäftigung, doch 20 ältere Arbeitskräfte über 40 Jahre sahen vor sich nur noch die Gewißheit, zunächst für ein Jahr "stempeln" zu können und DM 240,-- Arbeitslosenunterstützung im Monat zu beziehen, auch für achtköpfige Familien. Da griff ein in Spanien ansässiges deutsches Unternehmen ein, eine bekannte Heidelberger Druckmaschinen-Fabrik. Der Präsident des Madrider Presse-Syndikats, Manuel Vazquez-Prada, hatte die Firma für das Schicksal der älteren Arbeitslosen interessiert, der Leiter der Madrider Firmen-Niederlassung, Ramón Pérez-Rubianes bot den 20 arbeitslosen Jüngeren der Schwarzen Kunst einen kostenlosen Sechs-Wochen-Kurs, in dem sie unter Leitung eines deutschen Ingenieurs und in Zusammenarbeit mit der spanischen Gesellschaft zur Förderung der Buchdruckkunst mit den neuesten Erfindungenschaften der Drucktechnik, mit dem Offset-Verfahren, fotomechanischem Druck und den letzten technischen Neuheiten theoretisch und praktisch vertraut gemacht wurden. Die Lehrgangleiter waren des Lobes voll und erklärten, es sei nicht einmal mehr nötig, die Ausbildung dieses Personals in Heidelberg zu vervollkommen. - Die deutsche Firma will den 20 Spaniern auch mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn diese jetzt eine neue Druckerei auf genossenschaftlicher Grundlage betreiben werden.

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig jene "Entwicklungshilfe" ist, die im Stillen und ohne propagandistischen Aufwand von deutschen Firmen in Spanien geleistet wird. Von dieser "Entwicklungshilfe" spricht niemand - und doch trägt sie dazu bei, das deutsche Ansehen zu heben und sinnvoll am Aufbau eines Europas ohne Grenzen mitzuwirken.

Vor 100 Jahren...

Auszug aus einer Arbeitsordnung für Londoner Angestellte, 1870

WÄHREND DER BÜROSTUNDEN
DARF NICHT GESPROCHEN WERDEN

Tabakgenuß ist VERBOTEN

Während der Einnahme von Nahrung zwischen 11.30 Uhr und Mittag
darf die Arbeit nicht eingestellt werden

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 12 Stunden

ANGESTELLTE/DIE SICH POLITISCH BETÄTIGEN/WERDEN
FRISTLOS ENTLASSEN

Ladye und hochgestellten Persönlichkeiten ist anständig zu begegnen

Als Lektüre wird vor allem die Bibel

empfohlen/jedoch sind auch andere Bücher erlaubt/
sofern sie sittlich einwandfrei sind

Jeder Angestellte hat die Pflicht/für die Erhaltung seiner
Gesundheit zu sorgen

KRANKE ANGESTELLTE ERHALTEN KEINEM LOHN

Deshalb sollte jeder verantwortungsbewußte Commis. von seinem Lohn
eine gewisse Summe zurücklegen

EIN ANGESTELLTER DARF SICH NICHT IRREN. Wer es mehrmals tut/
wird entlassen. Weibliche Angestellte haben sich

EINES FROMMEN LEBENSWANDELS ZU BEFLEISSIGEN

Perien gibt es nur in dringenden/familiären Fällen

Lohn wird während dieser Zeit nicht gezahlt.

Denken Sie immer daran/Tausende wären sofort bereit/
Ihren Arbeitsplatz einzunehmen

UND VERGESSEN SIE NICHT/

DASS SIE IHREM PRINZIPAL DANK SCHULDEN

Er ernährt Sie schließlich. Die Firma erwartet eine wesentliche
Steigerung der Arbeitsleistung zum Ausgleich für diese fast
utopischen Bedingungen.

+ + +

Auszug aus einer Arbeitsordnung für Londoner Angestellte aus dem
Jahre 1870, herausgegeben von Lutz Böhme, 2 Hamburg 1, Gotenstraße 4